

Anträge des Bundesvorstands der Senioren-Union der CDU Deutschlands

**an den 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands
am 7. und 8. Dezember 2018 in Hamburg**

Berlin, November 2018

Antrag an den 31. Bundesparteitag der CDU



Antragsteller: **Bundeschvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Anträge A 34, A 60, A 95, A 138, A 177, A 178, A 185, A 187

Änderungsantrag zum Antrag des Bundesvorstandes „Wirtschaft für den Menschen – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“

Der 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

A 34 / Streichung

Ziffer 4, Zeilen 97 bis 98:

Streiche

„und seine Rolle“

Jeder soll sein Leben nach seinen Vorstellungen gestalten und die Freiheit hierzu haben (Vgl. Ziffer 5, Zeilen 127 bis 130; Ziffer 15, Zeile 318). Die Vorfestlegung einer bestimmten Rolle steht hiermit im Widerspruch.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung

A 60 / Änderung

Ziffer 6, Zeilen 164 bis 168:

Ändere

„Grundsätzlich müssen wir vor allem die Frage beantworten, wie wir auch in Zukunft eine gute Alters-, Gesundheits- und Pflegeversorgung auf einem angemessen und verlässlichen Niveau sicherstellen können, ohne diejenigen, die die Systeme heute und morgen finanzieren, zu überfordern.“

in

„Grundsätzlich müssen wir vor allem die Frage beantworten, wie wir auch in Zukunft eine gute und die Würde des Menschen wahrende Alters-, Gesundheits- und Pflegeversorgung auf einem verlässlichen Niveau sicherstellen können, ohne diejenigen, die die Systeme heute und morgen finanzieren, zu überfordern.“

Bei der Alters-, Gesundheits- und Pflegeversorgung muss stets die Würde des Menschen gewahrt werden und als Maßstab dienen – bei den zu Pflegenden wie Pflegenden.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung

A 95 / Ergänzung

Ziffer 9, Zeile 209:

Nach

„und unnötige Aufgaben“

füge ein

„sowie Subventionen“

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung

A 138 / Änderung

Ziffer 14, Zeilen 301 bis 303:

Ändere

„Wir wollen starke Unternehmer in unserem Land und setzen auf eine Kultur, in der Leistung und unternehmerischer Erfolg, aber auch ein offener Umgang mit Fehlern mehr Wertschätzung erfahren.“

in

„Wir wollen starke Unternehmer in unserem Land und setzen auf eine Kultur, in der Leistung, unternehmerischer Erfolg und Erfahrung, aber auch ein offener Umgang mit Fehlern mehr Wertschätzung erfahren.“

Die Wertschätzung und Nutzung von bestehender Erfahrung sind Kernelemente eines jeden wirtschaftlichen Erfolgs.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung

A 177 / Änderung

Ziffer 19, Zeilen 396 bis 398:

Ändere

„Infolge des demografischen Wandels werden in Deutschland immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter sein.“

in

„Infolge des demografischen Wandels werden in Deutschland immer weniger Menschen einer Erwerbstätigkeit nachgehen.“

Erwerbstätig zu sein, ist nicht zwingend eine Frage des Alters – auch Hochaltrige können im aktiven Berufsleben stehen. Die Perspektive sollte hier daher nicht allein auf das Alter eingengt werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

A 178 / Ergänzung

Ziffer 19, Zeile 401:

Nach

„Wir brauchen eine“
füge ein
„altersunabhängige“

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung

A 185 / Ergänzung

Ziffer 20, Zeile 428:

Nach

„Berufen der Betreuung,“
füge ein
„medizinischen Versorgung,“

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung

A 187 / Änderung

Ziffer 21, Zeilen 444 bis 447:

Ändere

„Wichtig ist es deshalb, dass Menschen in unserem Land leistungsbereit sind und vergleichbare Bildungschancen unabhängig von ihrer regionalen und sozialen Herkunft haben.“

in

„Wichtig ist es deshalb, dass Menschen in unserem Land leistungsbereit sind, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft bundesweit die gleichen Bildungschancen haben und von gleichwertigen Bildungsangeboten profitieren können.“

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung

Antrag an den 31. Bundesparteitag der CDU



Antragsteller: **Bundeschvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

C 51

Bekennnis zur deutschen Sprache im Grundgesetz

Der 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Das Bekennnis zur deutschen Sprache gehört in unser Grundgesetz. Auf Basis des Beschlusses des 22. CDU-Bundesparteitages vom 2. Dezember 2008 fordert die CDU Deutschlands die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dazu auf, noch innerhalb der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine Grundgesetzänderung auszuarbeiten und in die parlamentarischen Beratungen einzubringen, die in Artikel 22 GG den Zusatz einfügt: „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“.

In der Bundesrepublik Deutschland besitzt die deutsche Sprache, im Gegensatz zu anderen Ländern der Europäischen Union, keinen Verfassungsrang. Doch ist Sprache nicht nur ein Mittel der Verständigung, sondern schafft Gemeinsamkeit und Identität.

In einer Zeit, in der unsere gemeinsame Sprache vielen Einflussfaktoren unterliegt und von Generation zu Generation neue Ausprägungen erfährt, ist das Bekennnis zur deutschen Sprache als Fundament unserer Verständigung und elementarer Bestandteil der Bundesrepublik sowie unserer Kultur ein Zeichen für Stabilität und Kontinuität.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung

„Die CDU Deutschlands bekräftigt ihren Beschluss vom 22. Parteitag vom 2. Dezember 2008 zur Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz.“

Antrag an den 31. Bundesparteitag der CDU



Antragsteller: **Bundeschvorsitz der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

C 52

Anpassung des Bundesaltersplanes an den Kinder- und Jugendplan des Bundes

Der 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, den Bundesaltersplan in seiner Ausgestaltung an den Kinder- und Jugendplan des Bundes noch innerhalb der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages anzupassen. Dies umfasst die Richtlinien als auch die finanzielle Ausstattung.

Im Rahmen des Bundesaltersplanes werden seit dem Jahr 2009 bundesweit relevante seniorenpolitische Projekte gefördert. Doch während der Kinder- und Jugendplan des Bundes fortlaufend weiterentwickelt wurde, erfuhr der Bundesaltersplan keine Ausgestaltung entsprechend seiner Relevanz.

Der prozentuale Anteil von Seniorinnen und Senioren bzw. der über 60-jährigen an der Gesamtbevölkerung liegt mit 27,88 Prozent deutlich über jenem der Altersgruppe von unter 25 Jahren, welcher 23,97 Prozent beträgt (Vgl. Statista Deutschland, 2018).

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei einem Blick auf die Bundestagswahl 2017. Hier lag der Anteil der über 60 Jahre alten Wahlberechtigten bei 36,1 Prozent, der der unter 30-jährigen bei 15,4 Prozent. Auch bei der Wahlbeteiligung, die insgesamt 76,2 Prozent lag, sind es Seniorinnen und Senioren, die gegenüber der Altersgruppe von unter 25 Jahren den größeren prozentualen Anteil stellen – mit 78,4 zu 68,5 Prozent (Vgl. Bundeswahlleiter, 2018).

Die Relevanz der Seniorinnen und Senioren für Familie, Gesellschaft, Ehrenamt und Politik ist unbestritten. Der Bundesaltersplan sollte eine entsprechende Aufwertung erfahren.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Antrag an den 31. Bundesparteitag der CDU



Antragsteller: **Bundeschvorsitz der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

C 53

Schutz und Nutzung von Gesundheitsdaten

Der 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Die Gesundheitsdaten von Patientinnen und Patienten sollen für die optimale ärztliche Versorgung und die Beratung zwischen behandelnden Ärzten bestmöglich genutzt werden können. Die Bundesregierung soll hierzu noch innerhalb der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen und Institutionen schaffen, die den Weg zu diesem Ziel ermöglichen.

Der Zugriff auf die individuellen Gesundheitsdaten durch die jeweils behandelnden Ärzte und die Zurverfügungstellung nach erfolgter Anonymisierung für die medizinische Forschung sollen den geltenden Datenschutzstandards entsprechen. Hierbei ist zu gewährleisten, dass datenschutzrechtliche Bestimmungen die Nutzung von Gesundheitsdaten zur Behandlung und Forschung nicht unverhältnismäßig erschweren.

Für den Erfolg zukünftiger medizinischer Behandlungen sind der schnelle Informationsaustausch zwischen Ärzten und der Erkenntnisgewinn der medizinischen Forschung entscheidend. Daher sollten verfügbare Ressourcen und Mittel optimal genutzt werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Antrag an den 31. Bundesparteitag der CDU



Antragsteller: **Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

C 54

**Grenzüberschreitende Projekte zur Optimierung der
Gesundheitsversorgung und -vorsorge**

Der 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

In allen grenznahen Gebieten gibt es nur wenige Möglichkeiten zur geplanten und ungeplanten Versorgung von Patienten und deren medikamentöser Versorgung. Diese Möglichkeiten gilt es, im Idealfall EU-einheitlich zu erweitern.

Die ärztliche und medikamentöse Versorgung im ländlichen Raum kann durch grenzüberschreitende Projekte einerseits gesichert und andererseits wirtschaftlicher geleistet werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Antrag an den 31. Bundesparteitag der CDU



Antragsteller: **Bundeschvorsitz der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

C 55

Kampf gegen multiresistente Keime in Human- und Veterinärmedizin

Der 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Zur weiteren Erforschung und Bekämpfung multiresistenter Keime sollen der Austausch und die Kooperation bei der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden und Deutschland verstärkt werden, um an die Erfolge der Niederlande in Erforschung und Bekämpfung auf diesem Gebiet anzuknüpfen.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Antrag an den 31. Bundesparteitag der CDU



Antragsteller: **Bundeschvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

C 56

Tag der Deutschen Einheit

Der 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin werden aufgefordert, auf geeigneten Wegen dafür zu sorgen, dass in Hinblick auf den Tag der Deutschen Einheit alle Schulen in unserem Land dazu angehalten werden, die Thematik der Wiedervereinigung aufzugreifen - womöglich unter Einbezug von Zeitzeugen.

Deutschland ist unser Auftrag und unsere Aufgabe.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin

**Zukunft
braucht
Erfahrung!**